

Die giftigen Dämpfe, die beim **Betanken eines Autos** entweichen, sind krebserregend und sollen reduziert werden.

VALÉRIE CHÉTELAT

Freier atmen im Bernbiet

Der Kanton will Massnahmen für eine **sauberere Luft** ergreifen – Partikelfilter werden Pflicht

Die Luft ist zwar reiner als 1990, kann aber immer noch krank machen. Der bernische Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher will deshalb auch die 100 «schmutzigsten» Industriebetriebe des Kantons an eine kürzere Leine nehmen.

SARAH NOWOTNY

Vom Lebenselixier Wasser benötigen wir nur rund 2,5 Liter pro Tag, Luft zum Atmen braucht der Mensch hingegen 15000 Liter. Obwohl heute 80 Prozent weniger Kohlenmonoxid und 30 Prozent weniger Feinstaub als 1990 die Atemluft belasten, kann sie immer noch krank machen. In der Stadt Bern und an grossen Verkehrsachsen gibt es zum Beispiel nach wie vor zu viel Feinstaub, der Allergien, Asthma und Lungenkrebs verursachen kann. Maschinen blasen auch heute noch krebserregenden Dieselschlack in die Luft. Und wer beim Grillieren verbotenerweise Kartongeschirr oder farbige Papierservietten verbrennt, verpestet die Luft mit Schadstoffen, die sich auch im Essen ablagern können.

«Luft kennt keine Kantonsgrenzen», sagte der bernische Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp) gestern in Bern vor den Medien. Damit meint er, dass der

Handlungsspielraum des Kantons bei der Luftreinhaltung begrenzt ist: So legt etwa der Bund die Grenzwerte für Abgase fest, zum Teil bestimmen sogar internationale Abkommen, wie rein die Luft sein muss. Rickenbacher wollte aber auch sagen, dass der Kanton trotz dem engen Korsett Massnahmen ergreifen kann, um Schadstoffe und Ozon in Schach zu halten.

99 Prozent weniger Schadstoffe

Dies will er nun mit 5 neuen Vorkehrungen tun, die 21 bestehende kantonale Massnahmen zur Luftreinhaltung ergänzen sollen:

- Fahrzeuge, Maschinen und Geräte in Deponien, Steinbrüchen, Betonwerken, Kompostieranlagen und Firmenarealen müssen neu – wie Baustellen – mit Partikelfiltern ausgerüstet werden. Der Grund: Die meisten dieser Maschinen werden von Dieselmotoren angetrieben. Mit Partikelfiltern kann nun der krebserregende Dieselschlack, den sie ausstossen, um bis zu 99 Prozent reduziert werden. Zum Tragen kommen soll die neue Regelung bei allen neuen und wesentlich veränderten Anlagen.

- Tankstellen brauchen in Zukunft selbst überwachende Gasrückführungssysteme. Dahinter verbirgt sich Folgendes: Im Fahrzeugtank sammeln sich über dem Treibstoff giftige Dämpfe – vor allem Benzol ist krebserregend. Beim Betanken

wird die Mischung durch den einströmenden Kraftstoff aus dem Tank gedrängt. Gasrückführungssysteme saugen die Dämpfe aber direkt am Einfüllstutzen ab, selbst überwachende legen bei einem Defekt zudem den Zapfhahn lahm. Nun funktioniert aber ein Drittel von 640 kontrollierten Anlagen im Kanton nicht korrekt, obwohl sie vom Bund schon seit 1992 verlangt werden.

Bund soll aktiv werden

Auch bei der Abluft, grossen Luftverschmutzern und beim Bund will der Kanton etwas bewirken:

- Parameter wie die jährlichen Betriebsstunden von Abluftreinigungsanlagen müssen künftig kontinuierlich aufgezeichnet werden. Diese Anlagen sollten eigentlich bei 1300 Betrieben im Kanton einen Grossteil der Schadstoffemissionen tilgen, funktionieren aber oft schlecht. Deshalb will sich der Kanton nicht nur auf die periodischen Messungen verlassen, sondern eine kürzere Leine anlegen.

- Im Kanton gibt es etwa 100 Industriebetriebe, welche die Luft überdurchschnittlich belasten. Diese sogenannten Grosseinstallanten müssen ihre Emissionen in Zukunft über die gesetzlichen Anforderungen hinaus so weit reduzieren, wie dies technisch möglich und verhältnismässig ist. Konkret heisst das: Wenn es der Stand der Technik erlaubt, Stickoxidemissionen um

mindestens 25 Prozent zu reduzieren, holt der Kanton bei den Grosseinstallanten eine Stellungnahme ein und kann die entsprechenden Massnahmen verfügen.

- Schliesslich will sich Bern beim Bund dafür starkmachen, dass bei Fahrzeugen aller Art in der Schweiz und international auf die beste Technik gesetzt wird. Benzin- und Dieselfahrzeuge sollen gleiche Grenzwerte verpasst bekommen, und die Partikelanzahl bei Dieselfahrzeugen soll begrenzt werden. Der Bund sollte ferner die Abgaswartungspflicht auf alle Fahrzeuge ausdehnen, um Fehleinstellungen des Motors zu verhindern. Ausserdem müsse die Ausgestaltung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe Anreize für die Anschaffung von Partikelfiltern schaffen.

«Gewinn» lässt sich nicht beziffern

«Wie sauber die Luft dank unseren Massnahmen wird, lässt sich nicht beziffern», sagte Gerrit Nejedly, Leiter Immissionsschutz bei der Volkswirtschaftsdirektion. Das Potenzial sei aber gross: «Gerade beim Benzol ist jedes ausgestossene Gramm ein Gramm zu viel.» Die geplanten Massnahmen gehen nun bis Ende November in die Konsultation, dann entscheidet der Regierungsrat, ob sie 2010 in Kraft gesetzt werden. Gelten die neuen Regeln erst einmal, kann sie der Kanton per Verfügung durchsetzen.

Dörpen mutmasst über BKW

Lässt BKW vom **Kohlekraftwerk** in Deutschland ab?

Einwohner des niedersächsischen Dörpen haben letzte Woche beobachtet, wie die BKW ihre Büros räumt.

Die Menschen im deutschen Dörpen sassen letzte Woche auf glühenden Kohlen: Lässt der bernische Energiekonzern BKW ganz vom geplanten, höchst umstrittenen Kohlekraftwerk ab?, lautete die brennende Frage. Mehrere Einwohner hatten beobachtet, wie Mitarbeiter der Firma ihre Büros und das von der BKW betriebene Besucherzentrum räumten. Das wurde als Hinweis auf einen Rückzug gedeutet. «Da wurde nicht einfach aufgeräumt, sondern geräumt und mit einem Hochdruckreiniger vor der Tür geputzt», sagt etwa Josef Schlömer von der Bürgerinitiative Saubere Energie Dörpen.

Ein BKW-Sprecher habe den Abbruch der Übung aber umgehend dementiert und gesagt, weitere Gruppen hätten sich im Besucherzentrum angemeldet. Eine Erklärung für die Arbeiten wurde aber nicht abgegeben und am nächsten Tag machten Mitarbeiter die Räumung rückgängig. Seit damals sei

nichts mehr passiert. «Ein Abbruch des Zentrums oder gar der Rückzug aus dem Projekt ist noch kein Thema», sagt auch BKW-Sprecher Sebastian Vogler. Gerade gestern habe eine weitere Gruppe das Zentrum besucht.

Mehr Arbeit dank Windkraft

In letzter Zeit sei es aber rund um das Projekt verdächtig still geworden, heisst es bei der Bürgerinitiative. Gründe könnten der deutsche Wahlkampf und die Firma Enercon sein, die im benachbarten Haren einen Windpark bauen will – unter der Bedingung, dass das Kohlekraftwerk nicht gebaut wird. Während der Windpark 1000 Arbeitsplätze schaffen würde, entstünden im Zusammenhang mit dem Kohlekraftwerk nur 200. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist gerade im Wahlkampf ein wichtiges Argument. Es könne sein, dass das Kohlekraftwerk nun auch von politischer Seite unter Druck stehe, heisst es bei der Bürgerinitiative.

Bereits im März gab die BKW die Mehrheit am Kohlekraftwerk an den ENBW-Konzern ab und ist seither nur noch mit einem Viertel der Aktien beteiligt. (sn)

GROSSER RAT

Vorstossflut ebbt ab, FDP holt auf

Der Grosse Rat leidet unter seiner Vorstossflut – das ist in der vergangenen Septembersession deutlich geworden: 254 neue Vorstösse hatten die Parlamentarier von Anfang bis Mitte Jahr eingereicht, und die müssen sie jetzt alle abtragen bzw. diskutieren – das dauert. Im September jedenfalls debattierte der Rat mehrere Tage lang lust- und höhepunktlos über unzählige Motionen, Postulate und Interpellationen – etliche von ihnen schienen thematisch das Verfallsdatum schon überschritten zu haben. Sollten die Räte aber all diese Vorstösse nur gemacht haben, um in den Medien erwähnt zu werden, so ist ihre Rechnung auch nicht aufgegangen: Denn je mehr Vorstösse die Grossräte einreichen, desto weniger hören die Journalisten hin.

Es haben nun aber die zähen Debatten oder vielleicht auch die Drohung der Ratsleitung mit zusätzlichen Abendsitzungen und Sondersessionen die Vorstossfreudig-

keit der Parlamentarier etwas gebremst: In der Septembersession sind nur noch 57 neue Vorstösse eingereicht worden – das sind doch spürbar weniger als in den bisherigen Sessionen des Jahres: Im Januar waren es 80, im April 102 und im Juni 72.

Und noch etwas lässt sich melden: Bis Mitte Jahr war es unbestrittenmassen die SP, die mit 86 Vorstössen – in absoluten Zahlen wie auch pro Kopf gerechnet – am meisten Vorstösse eingereicht hat. Auf diesen Umstand hat in der grossräthlichen Fragestunde der FDP-Grossrat Christoph Stalder gerne hinweisen lassen. Stalder aber war, als er der SP ein bisschen ans Schienbein treten wollte, nicht ganz auf dem neusten Stand: Denn in der Septembersession ist es jetzt mit 14 Eingaben seine FDP gewesen, die – in absoluten Zahlen und erst recht pro Kopf – am meisten neue Vorstösse eingereicht hat.

Stefan Wyler

ANZEIGE

FOTO PRO

Sony-Days bei Dany

**RT
RENT
TEST⁺**

Erst testen,
dann kaufen!

Testen Sie z.B die
Sony α850 und lassen
Sie sich von der
Qualität überzeugen!

10%

auf das gesamte
SONY Sortiment
bei FotoPro Dany
Am 25. + 26. September



FotoPro Dany
Waisenhausplatz 14
3011 Bern

Tel. +41 (0)31 311 44 14

E-Mail dany@fotopro.ch

www.fotodany.ch

**FOTO
PRO**
dany

Bei uns kaufen Sie besser!

NEU: Testen Sie bei FotoPro! Fragen Sie uns, wir zeigen Ihnen wie!